



vielfarbte Forderungen an die Kommunalpolitik

Sehr geehrter Vorstand,
sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte ??,

entschuldigen Sie die späte Beantwortung, aber wir bitten Sie zu bedenken, dass wir neben unserem Beruf ehrenamtlich in der Stadtverordnetenversammlung sitzen und man sollte uns nicht mit politischen Dienstleistern verwechseln.

Wir freuen uns, dass Sie durch Ihren Forderungskatalog Interesse an der Kommunalpolitik zeigen. Es ist für uns auch nachvollziehbar, wenn eine Reihe von Maßnahmen für Ihre Probleme verlangt werden, die vor allem den Einsatz von Steuergeld für Ihre Interessen bedeuten. Das machen ja irgendwie alle Interessenvertreter.

Wir könnten es uns einfach machen und als kleine Oppositionswählergruppe alle Ihre Forderungen positiv „bescheiden“, da wir vermutlich nach der Wahl nicht in der Regierungsverantwortung sein werden. Aber diese Art von Wählerstimmen-Generierung war uns schon immer ein Gräuel und führt – wie wir alle sehen – immer tiefer in die Verschuldung. Wir setzen uns kommunal vehement dafür ein, dieser Schuldenspirale ein Ende zu bereiten, ja die Schulden zurückzuführen.

Was uns bei Ihnen etwas ratlos macht, ist möglicherweise unsere Fehl-Einschätzung Ihrer gesellschaftlichen Relevanz. Wir sehen die „Szene“ eher gut aufgestellt, auch durch prominente Personen ist das Image von Schwulen und Lesben längst besser als von so manchem (Spieß-)Bürger. Wir erkennen bei Ihnen vor allem überdurchschnittlich viele kreative, künstlerische Menschen. Ideenreich, kommunikativ, gebildet, vielleicht manchmal schrill, aber doch immer empathisch gegenüber anderen und heute weniger bis gar nicht als Außenseiter angesehen.

Ihren langjährigen, schwierigen Einsatz für dieses inzwischen revidierte Bild anerkennen wir und Sie können zu Recht stolz auf diese Leistung sein. Durch Ihre Forderungen machen Sie sich allerdings jetzt selbst zu unterstützungswerten „Außenseitern“.

Diskriminierung und Ungleichbehandlungen von Menschen wird es immer geben, da helfen auch noch so große Unterstützungsaktionen nichts. Als Beispiel wollen wir erwähnen, dass es schöne Menschen im Beruf und Alltag sehr viel leichter haben als die Durchschnittsmenschen oder gar diejenigen, die wir als hässlich bezeichnen. Auch da könnte man sich einen Ruf dieser Gruppe nach besserer sozialen und beruflichen Gleichbehandlung vorstellen.

Damit wollen wir nicht sagen, Unterstützung wäre nie sinnvoll. Es gibt genügend Hilfebedarf, ohne den eine wichtige soziale Funktion nicht wahrgenommen werden könnte.

Wir denken, dass Sie selbstbewusst und integriert genug sind, um all dies aus eigener Kraft weiterhin zu schaffen. Zugegeben, eine „normale“ Eingliederung von Menschen mit Trans-Identität dürfte sehr viel schwieriger sein. Sie müssen bis heute mit der rechtlichen und gesellschaftlichen Diskriminierung leben, die sich in einem ewigen Kreislauf reproduziert und die Grenze zwischen „unserer“ Welt und der der „Anderen“ aufrechterhält.

Allein die gendergerechte Anrede Herr oder Frau oder ??? wird schwierig bei einem dem nichtkonformen Geschlechts-Erscheinungsbild. Dies aber kommunal lösen zu wollen wäre vermessen. Es bedarf da noch vieler gesellschaftsrelevanter Aufklärungsarbeit und vor allem auch der Toleranz von allen. Ganz praktisch lapidar, eine dritte WC-Klasse überall einzuführen wäre oft genug unbezahlbar.

In Bezug auf die LGBT-Flüchtlinge meinen wir Ihr Anliegen ist durchaus nachvollziehbar. Andererseits können wir uns vorstellen, dass bei einem entsprechenden „Outing“ dieses Personenkreises eine Rückkehr in die Wohnung / Unterkunft schwierig bis unmöglich sein dürfte. Jetzt aber separate Unterkünfte für diesen Personenkreis bauen und anbieten zu wollen überstiege die Kraftanstrengungen der Stadt, die bereits jetzt schon am Limit sind.

Zum Schluss wollen wir noch erwähnen, dass diese Art von „Wahlbriefen“ immer mehr von interessierten Gruppen verschickt werden mit der Bitte oder Forderung um finanzielle Unterstützung.

Wir kritisieren das nicht, finden es durchaus verständlich, dass gerade die Wahl Anlass gibt nachzufragen und möglichst viele positive Zusagen für seine Eigeninteressen zu bekommen. Das ist legitim, nicht legitim ist es aber unserer Ansicht nach, alles ungeprüft zu versprechen. Wir sind dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet. Zudem ist die Hauptaufgabe der Stadtverordneten die Überwachung der gesamten Verwaltung der Gemeinde und die Geschäftsführung des Gemeindevorstands und nur bedingt die Verteilung von Geldern.

Es würde uns freuen, wenn Sie mit diesem Schreiben etwas anfangen könnten, auch wenn es nicht dezidiert auf die Beantwortung Ihrer Forderungen eingeht. Sollten wir nach der Wahl in der Regierungsverantwortung stehen, sind wir natürlich zu weiteren Gesprächen mit Ihnen bereit. Vielleicht überzeugen Sie uns ja doch noch was die Berechtigung mancher Forderung anbelangt.

Mit freundlichen Grüßen

Für die UWIGA: Dipl.-Ing. Helmut Klett – Fraktionsvorsitzender

